

22.07.2024

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3941 vom 12. Juni 2024
des Abgeordneten Dietmar Brockes FDP
Drucksache 18/9568

Degression direkt in die Versorgungslücke – Wie will die Landesregierung auch in Zukunft die Versorgungssicherheit mit mineralischen Rohstoffen gewährleisten?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Mineralische Rohstoffe wie Kiese und Sande, Tone und Kalk bilden als Baustoffe sowie als Ausgangsstoffe für viele nachgelagerte industrielle Prozesse das Fundament der Infrastruktur, der Transformation sowie der industriellen Wertschöpfung in unserem Land. Ein zuverlässiger Zugang zu diesen Ressourcen ist eine grundlegende Voraussetzung für einen erfolgreichen Transformationsprozess und weiterhin Grundlage für nachhaltige Wertschöpfung und Beschäftigung.

Eine heimische, dezentrale Rohstoffgewinnung fördert die eigene Handlungsfähigkeit, reduziert kritische Abhängigkeiten insbesondere auch von autoritären Regimen und zeichnet sich durch regionalen Bezug auch als umweltfreundlicher aus, da der Transport zu Baustellen und Verarbeitungsorten CO₂-freundlicher gestaltet werden kann. Eine regionale Versorgung mit Mineralrohstoffen ist insofern aus diversen Gesichtspunkten erstrebenswert.

Aus diesen Gründen ist die planerische Rohstoffsicherung nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern im Raumordnungsgesetz (ROG) gesetzlich durch den Bund vorgeschrieben. Das ROG enthält u.a. den Auftrag, die räumlichen Voraussetzungen für die vorsorgende Sicherung und geordnete Aufsuchung von standortgebundenen Rohstoffen zu schaffen (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG).

Die Rohstoffgewinnung wird bestimmt durch die marktwirtschaftliche Nachfrage. Eine Lagerhaltung findet so gut wie nicht statt. Die Nachfrage ist jedoch nicht nur privatwirtschaftlich getrieben, sondern sie entsteht auch zu einem großen Teil aus politischen Vorgaben, beispielsweise in Hinsicht auf den Zubau von Windenergieanlagen, die Sanierung der Infrastruktur und dem Wohnungsbau. Um die gegebene Nachfrage zu decken, werden schon seit langem im Wesentlichen zwei Wege verfolgt: Neben dem Einsatz von Primärprodukten aus Steinbrüchen und Kiesgruben werden in zunehmendem Maße auch aus mineralischen Bauabfällen aufbereitete Recyclingkörnungen verwendet.

Allerdings lassen sich die aktuell gegebenen und bereits zukünftig absehbaren Nachfragemengen allein durch Recyclingmaterialien nicht decken. Bundesweit liegt die jährliche Nachfrage nach Gesteinsmaterial bei ca. 550-590 Mio. t, der gesamte Anfall an mineralischen

Datum des Originals: 19.07.2024/Ausgegeben: 26.07.2024

Abfällen jedoch nur bei ca. 220 Mio. t. Dieser Abfall wird zum Großteil zwar bereits nach Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsrechts verwertet. Die konkreten Verwertungsmöglichkeiten der Recycling-Baustoffe hängen dabei allerdings stark von ihren bautechnischen und umweltrelevanten Eigenschaften sowie ihrer stofflichen Zusammensetzung ab, hier bestehen u.a. sowohl technologische als auch materialphysikalisch bedingte Grenzen. Die Substitutionsquote liegt ausweislich des zuletzt im Januar 2023 erschienenen Monitoringberichts „Mineralische Bauabfälle“ der Kreislaufwirtschaft Bau bei ca. 14 – 16%. Dies entspricht auch dem langjährigen Mittel, so dass davon auszugehen ist, dass sich auch dieser Wert nicht binnen kürzester Zeit signifikant steigern lassen wird.

Bereits ein Gutachten von 2009 für das Landeswirtschaftsministerium ging davon aus, dass bis zum Jahr 2025 weiterhin rd. 82 % der Nachfrage nach mineralischen Baurohstoffen in NRW durch Primärbaustoffe gedeckt werden müssten. Nur rund. 18 Prozent des zukünftigen Bedarfs seien durch entsprechende Ersatzbaustoffe aus Recycling und der Verwendung industrieller Nebenprodukte substituierbar.¹ Ein weiterer Bericht, der die Bedarfe bis zum Jahr 2040 prognostiziert, kommt zu ähnlichen Ergebnissen.²

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) geht in zwei grundlegenden Papieren von einem deutlichen Mehrbedarf bzw. – selbst bei einem deutlichen Ausbau des Einsatzes von Recyclingmaterial – mindestens gleichbleibenden Bedarf an Primärrohstoffen in den nächsten Jahrzehnten aus.³ Im Oktober 2021 beantwortete die Landesregierung eine kleine Anfrage zum Thema Sand- und Kiesbedarf mit der Aussage: „Zum einen wird die Nachfrage nach Kies und Sand steigen [...] die Bauindustrie wird aber auch künftig in einem nicht unerheblichen Umfang auf Primärmaterialien angewiesen bleiben“ (Drucksache 17/15344).

Daher lässt sich bereits jetzt eine deutliche Lücke zwischen der Nachfrage und den verfügbaren Mengen an verwendbaren Recyclingmaterialien feststellen. Dies gilt in NRW ganz besonders, da hier aufgrund der im Vergleich hohen Bevölkerungsdichte und den zahlreichen industriellen Produktionsprozessen in der Wertschöpfungskette sowie den Transformationsprozessen eine noch höhere Nachfrage besteht; bereits 2009 lag der Pro-Kopf-Verbrauch mineralischer Primärbaurohstoffe in Nordrhein-Westfalen nach dem damaligen Recyclinggutachten NRW zufolge bereits bei ca. 6,7 t pro Jahr und Einwohner.⁴

Dessen ungeachtet möchte die Landesregierung ausweislich des Koalitionsvertrages 2022 (ebd. Z. 2187 ff.) „einen verbindlichen Degressionspfad und perspektivisch einen Ausstieg aus der Kies- und Kiessandgewinnung“ beschreiten. Die Forderung nach einem Degressionspfad

¹ MWME / SST (Hrsg.), Recyclinggutachten NRW - Substitution von Primärbaurohstoffen durch Recyclingbaustoffe in Nordrhein-Westfalen (15.12.2009), <https://docplayer.org/73589543-Recyclinggutachten-nrw.html>

² Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V., Die Nachfrage nach Primär- und Sekundärrohstoffen der Steine-und-Erden-Industrie bis 2040 in Deutschland (2022), [2022-04-20 BBS Rohstoffstudie 01 ONLINE.pdf](https://www.bbs.de/2022-04-20-BBS-Rohstoffstudie-01-ONLINE.pdf) ([baustoffindustrie.de](https://www.baustoffindustrie.de))

³ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung (2023), https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunktepapier-nachhaltige-und-resiliente-rohstoffversorgung.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Und: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Staatliche Instrumente zur Erhöhung der Versorgungssicherheit von mineralischen Rohstoffen (2022), https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/studie-staatliche-instrumente-versorgungssicherheit.pdf?__blob=publicationFile&v=4

⁴ MWME / SST (Hrsg.), Recyclinggutachten NRW - Substitution von Primärbaurohstoffen durch Recyclingbaustoffe in Nordrhein-Westfalen (15.12.2009), <https://docplayer.org/73589543-Recyclinggutachten-nrw.html>

findet sich so auch im Eckpunktepapier der Landesregierung zur geplanten 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen.⁵

Die Pläne der Landesregierung widersprechen damit der prognostizierten Nachfrage an Rohstoffen und den im Koalitionsvertrag vereinbarten Zielen zum Ausbau der Windenergie, der Sanierung der Infrastruktur und dem Hochlauf beim Wohnungsneubau. Die Annahme einer abnehmenden Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen ist damit nicht vereinbar.

Die Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie hat die Kleine Anfrage 3941 mit Schreiben vom 19. Juli 2024 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung und dem Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr beantwortet.

1. *Wie ist der geplante Degressionspfad für den Landesentwicklungsplan mit den Forderungen zur strategischen Versorgungssicherheit mit Kies und Sand nach Bundesrecht vereinbar?*

Nach § 2 Absatz 2 Nr. 4 ROG sind die räumlichen Voraussetzungen für die vorsorgende Sicherung sowie für die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen zu schaffen. Mit der Festlegung von Versorgungszeiträumen im Landesentwicklungsplan NRW ist die bedarfsgerechte Versorgung mit heimischen Rohstoffen planerisch gewährleistet. Um künftig noch wirksamer auf eine bedarfsgerechte und flächensparende Festlegung von Abbaubereichen für Sand und Kies hinzuwirken, soll zur Bedarfsermittlung neben den Erkenntnissen aus dem Abgrabungsmonitoring künftig auch eine Prognose auf Grundlage eines wissenschaftlich fundierten Rohstoffmonitorings zu den Einsparmöglichkeiten von Kies und Sand berücksichtigt werden, die sich im Rahmen der Kreislaufwirtschaft insbesondere aus der Nutzung von Recycling-Potentialen, der Möglichkeiten der Substitution und rohstoffsparenden Bauweisen ergeben. Die Versorgungssicherheit wird durch die Einbeziehung von Erkenntnissen aus dem Rohstoffmonitoring nicht beeinträchtigt.

2. *Welche Datenbasis liegt der Landesregierung vor, die von einem geringeren Bedarf an mineralischen Rohstoffen (insbesondere Kies und Sand) ausgehen? (Bitte Datenbasis erläutern)*

3. *Wie wird sich die Nachfrage an mineralischen Rohstoffen, besonders zum Einsatz als wesentlicher Zuschlagstoff für Betone besonders im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, des Hoch- und Tiefbaus und des geplanten Zubaus von Windenergieanlagen, entwickeln? (Bitte nach vorgenannten Anwendungsgebieten aufschlüsseln)*

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Zur Schaffung einer Datenbasis, die fundierte und belastbare Erkenntnisse zum Verbrauch und künftigen Rohstoffbedarf ermöglicht, arbeiten verschiedene Fachbereiche des

⁵ MWIKE, 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) für eine nachhaltigere Flächenentwicklung – Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 9 Absatz 1 Raumordnungsgesetz (ROG) (2023), Raumordnungsgesetz (ROG) [17.07.2023], https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=1&gld_nr=2&ugl_nr=230&bes_id=51991&val=51991&ver=7&sg=0&aufgehoben=N&menu=

Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie in einer Arbeitsgruppe intensiv an dem Aufbau und der Umsetzung des Rohstoffmonitorings.

Dazu soll das Rohstoffmonitoring den Verbrauch und den Bedarf an Kiesen und Sanden unterschiedlicher Qualitäten sowohl der Privatwirtschaft als auch der öffentlichen Hand ermitteln und unter Berücksichtigung der verfügbaren Sekundärrohstoffe und alternativen Baustoffen einen wirtschaftlich tragfähigen Degressionspfad ableiten, um den Abbau von Primärrohstoffen auf den notwendigen Bedarf zurückzuführen.

4. *Momentan liegt die Substitutionsquote von mineralischen Rohstoffen durch Recyclingmaterial bei ca. 14 Prozent. Welche Veränderung der Substitutionsquote erwartet die Landesregierung in den kommenden 10 bzw. 20 Jahren? (Bitte dazu Datenbasis für Annahmen erläutern)*

Die kürzlich von IT.NRW veröffentlichten Daten zeigen, dass entgegen dem Bundestrend die Produktion von Kies, Sand und Ton in Nordrhein-Westfalen 2023 um 8,5% deutlich gesunken ist (<https://www.it.nrw/nrw-produktion-von-kies-sand-und-ton-ist-2023-gesunken-absatzwert-gestiegen>). Dieser Trend setzt sich seit dem Jahr 2019 kontinuierlich fort, obwohl sich die Baukonjunktur in Nordrhein-Westfalen sogar besser entwickelt als im Bund. Dies lässt darauf schließen, dass der Prozess zur Erhöhung der Rohstoffeffizienz und -substitution in Nordrhein-Westfalen bereits weiter vorangeschritten ist.

Signifikante neue Potenziale ergeben sich auch aus neuen Recyclingtechnologien wie die Nassaufbereitung von mineralischen Abfällen, wie sie z.B. auf der Anlage der HDB-Recycling GmbH betrieben wird.

5. *Die Mengen an mineralischen Rohstoffen, die im Zuge des Braunkohletagebaus zusätzlich gewonnen werden, werden kurzfristig dem Markt und der Region fehlen. Inwieweit ist der Rückgang dieser Marktmengen zur Klärung des zukünftigen Bedarfs berücksichtigt?*

Die im Braunkohletagebau gewonnenen Massen an mineralischen Rohstoffen verbleiben zu Zwecken der ordnungsgemäßen Rekultivierung ganz überwiegend im Tagebau und werden im Abgrabungsmonitoring zur Berechnung des regionalen Rohstoffbedarfs bzw. bei der Ermittlung der Versorgungszeiträume für Kies und Sand nicht berücksichtigt. Zum Stichtag 01.01.2023 hat das Abgrabungsmonitoring des Geologischen Dienstes für die Rohstoffgruppe Kies/Kiessand Reserven mit einer Reichweite von 28,5 Jahren für die Planungsregion Düsseldorf und 24 Jahren für die Planungsregion Köln ermittelt. Insoweit ist die Rohstoffversorgung mit Kies und Sand für beide Planungsregionen durch die Abgrabungsbereiche außerhalb des Braunkohletagebaus gesichert.